

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Joachim Poß MdB wirft Stoltenberg vor, in der Frage der Steuerreform die Bürger übers Ohr zu hauen.

Seite 1

Gerd Walter MdEP zu Kohls Europa-Union: Eine glatte Unverschämtheit.

Seite 3

Björn Engholm MdL analysiert Barchels Vorstellungen zum Schutz des Wattenmeeres: Untauglich.

Seite 4

Horst Sielaff MdB warnt Hupka und seine Freunde vor einem Mißbrauch der Integrationsleistungen gegenüber den Vertriebenen.

Seite 6

40. Jahrgang / 123

3. Juli 1985

**Stoltenbergs Reform: Es wird böse Überraschungen geben**

Die Steuerzahler erhalten nur Bruchteile des Versprochenen zurück

Von Joachim Poß MdB  
Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Nach wie vor versucht die Bundesregierung, das Steuersenkungsgesetz 1986/1988 als ihren großen Erfolg zu verkaufen. Angesichts der Tatsache, daß sie sonst nur Pannen produziert hat, ist dies wahrlich ein Strohalm für diese Pleiten-Regierung. Sie gibt sich gerne als Wohltäter, der dem deutschen Steuerzahler 20 Milliarden DM schenken möchte. Üblich sind Formulierungen wie "die deutschen Steuerzahler werden um 20 Milliarden entlastet" oder "die Steuerzahler sparen 20 Milliarden DM". Und diese Steuersenkung soll dann gleichzeitig auch als Konjunkturstütze wirken.

Tatsache ist aber,

- daß die Steuerzahler im Jahr 1989 (mit 532,8 Milliarden DM) statt 174 Milliarden DM infolge des Steuersenkungsgesetzes "nur" 154 Milliarden DM mehr Steuern zahlen müssen als 1982 (378,7 Milliarden DM),
- daß die Lohnsteuerquote weder nach der ersten noch nach der zweiten Steuersenkungsstufe wieder auf die Höhe der Lohnsteuerquote des vergangenen Jahres (1984: Lohnsteuer in von Hundert der Brutto- und -gehaltssumme = 16,99 von Hundert) abgesenkt wird und schon gar nicht die Quoten der früheren Jahre (1980: 15,54 von Hundert; 1981: 15,54 von Hundert; 1982: 16,10 von Hundert) erreicht,
- daß die Anteile der Lohn- und Einkommensteuer am Gesamtsteueraufkommen 1989 um 0,7 von Hundert höher liegen als 1982,
- daß kein verheirateter Arbeitnehmer, der im Jahr 1988 weniger als 3.727 DM monatlich verdient, auch nur eine DM von den 9,2 Milliarden DM der zweiten Steuersenkungsstufe erhält.



daß diese Bundesregierung durch Steuersenkungen für die Wirtschaft (Gewerbsteuer, Vermögenssteuer, landwirtschaftlicher Vorsteuerabzug bei der Umsatzsteuer, Abschreibungserleichterungen) schon weit mehr als 15 Milliarden DM umverteilt hat, die nämlich 1986/1988 nicht mehr für Korrekturen des Steuertarifs zur Verfügung stehen; das ist der Grund warum die Bundesregierung für die Tarifkorrektur durch das Steuersenkungsgesetz nicht mehr als 14,2 Milliarden DM einsetzen wollte und konnte.

Und was die konjunkturelle Wirkung des Steuersenkungsgesetzes für 1986 anbetrifft, so sollte die Bundesregierung auch mal an die Lohnsteuerzahler denken, wenn sie von leistungsgerechter Besteuerung redet. Dies tut sogar der Sachverständigenrat, wenn er in seinem Sondergutachten ausführt: "Die Beitragslast (für die Sozialversicherungen) wird also steigen und die belebende Wirkung der für 1986 vorgesehenen Steuersenkung abschwächen. Bei der Würdigung der Stärke dieses Effektes muß auch berücksichtigt werden, daß die für 1986 vorgesehene Steueränderung die Lohnsteuerlast ohnehin nur um rund neun Milliarden DM vermindern wird, während die Einnahmen aus der Lohnsteuer allein seit der letzten Tarifermäßigung im Jahre 1981 um schätzungsweise 21 Milliarden DM stärker zugenommen haben, als es bei Parallelentwicklung von Lohnsteueraufkommen und Lohneinkommen der Fall gewesen wäre. Die erhöhte Steuerbelastung ist im wesentlichen der Geldentwertung und nicht einem erheblichen Anstieg der Realeinkommen zuzuschreiben."

Aber für die Steuerpolitik Stoltenbergs sind Lohnsteuerzahler und Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen ja keine politische Zielgruppe. Ich sage aber jetzt schon voraus, daß es ab Januar 1986 für viele eine böse Überraschung geben wird und nicht zuletzt für Dr. Stoltenberg und Dr. Kohl über "den Dank der Steuerzahler für die größte Steuerreform aller Zeiten".

(-/3.7.1985/va/ks)

+ + +



Kohl hat die EG-Partner überfahren wollen

Sein Unions-Vorstoß war eine glatte Unverschämtheit

Von Gerd Walter MdEP  
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Für alle, die vom Mailänder Gipfel einen Fortschritt zur Politischen Union Europas erhofft haben, war das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Gipfel der Täuschungen und Enttäuschungen.

Man kann an Kritik kaum sparen, wenn man sich vor Augen hält, mit welchen Erwartungen besonders der Bundeskanzler die Konferenz belastet hat, um dem Drängen der Öffentlichkeit nach Fortschritten für die Gemeinschaft wenigstens verbal stattzugeben. Am Ende wurde sie jedoch auch noch dilettantisch vorbereitet.

Zu den Unmöglichkeiten des Mailänder Gipfels gehört die Vorlage des deutsch-französischen Vertragsentwurfes. Zur Art und Weise: Er entstand - nach meinen Informationen - selbst in Bonn ohne Einschaltung der zuständigen und kompetenten Beamten. Er wurde für die Mehrzahl der Regierungschefs völlig unerwartet in die Konferenz eingebracht, als hätte es nicht zuvor in Luxemburg eine Vorbereitungskonferenz der Außenminister gegeben. Ich nenne das eine glatte Unverschämtheit, die nicht zum Stil paßt, den die Mitgliedsregierungen der EG pflegen sollten. Das Verfahren ist das glatte Gegenteil einer vertrauensbildenden Politik. Zum Inhalt: Er ist das Papier nicht wert, auf den er gedruckt wurde. Solche Banalitäten - Zustandsbeschreibungen der europäischen politischen Zusammenarbeit, wie sie bereits seit langem praktiziert wird - haben nicht einmal Unterhaltungswert. Von deutsch-französischer Zusammenarbeit erwartet man Qualität und nicht Schaumschlägerei, die selbst gutwillige Beobachter der europäischen Szene ver-zweifeln macht.

Die Einberufung der Regierungskonferenz mag manche trösten. Nur fehlt dem Unternehmen ein klarer Auftrag und echter Zeitplan. Es reicht nicht, mit einem sowohl als auch die Konferenz auf den Weg zum Weihnachtsgipfel zu schicken. Es ist schon jetzt ein trauriges Weihnachtsfest zu erwarten.

Der einzige Lichtblick ist, daß nun mit EUREKA wohl ernst gemacht werden soll. Das gibt der Hoffnung Auftrieb, daß die europäische Selbstbehauptung doch Zukunft hat. Allerdings möchte ich eindringlich davor warnen, mit dem EUREKA-Projekt die europäische Integration zu hintertreiben. EUREKA muß unter der Federführung der Europäischen Gemeinschaft, im Klartext: der Kommission, abgewickelt werden. Dann könnte dieser wichtige Schritt zur Technologie-Gemeinschaft auch das Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft fördern. Da sie von ihrem Verständnis her sowieso auf die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten angelegt ist, ist eine Einbeziehung von EFTA-Ländern ein Gewinn.

(-/3.7.1985/va/ks)

+ + +



**Barschels Etikettenschwindel**

Das Wattenmeer wartet weiter auf angemessenen Schutz

Von Björn Engholm MdL

Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Die Notwendigkeit eines umfassenden Schutzes für den Naturraum Wattenmeer ist eine Jahrhundertaufgabe. Gemessen daran sind die Planungen und die Erörterungen des Konzeptes für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer von der Landesregierung geradezu laienhaft initiiert und durchgeführt worden. Die Landesregierung hat durch die selbstherrliche Art ihres Vorgehens eine Stimmung entlang der Westküste geschaffen, die der Notwendigkeit eines umfassenden Naturschutzes diametral entgegensteht. Und das obwohl die Bevölkerung in Nordfriesland und Dithmarschen keineswegs pauschal gegen einen verstärkten Naturschutz Watt eingestellt ist. Der Landesregierung aber ist es gelungen, positive Ansätze und Einstellungen geradezu umzudrehen und in eine Ablehnungsfront zu verwandeln. Wohlgemerkt: nicht in eine Ablehnungsfront gegen den Naturschutz, sondern in eine Ablehnungsfront gegen das Projekt der Landesregierung.

Dieser Politikstil setzt sich fort bis in den Landtag hinein. Dafür steht das Durchpeitschen des Regierungsgesetzentwurfes durch das Parlament. Ein derart gewichtiges Gesetz mit seinen umfassenden Folgewirkungen innerhalb von nur drei Monaten durch die parlamentarische Beratung hindurchzupeitschen spricht der parlamentarischen Demokratie Hohn. Das hat es unter einem anderen Ministerpräsidenten in diesem Lande noch nicht gegeben, daß das Parlament so über den Löffel balbiert wurde!

Entstanden ist jetzt ein Gesetz,

- das der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes ein "abgemagertes Skelett" nennt,
- dem alle größeren Naturschutzverbände des Landes aufgrund fehlender Mindestqualitäten das Recht auf Verwendung des Begriffs "Nationalpark" absprechen,
- das Vertreter der Internationalen Naturschutzstiftung WWF als "Etikettenschwindel" kennzeichneten,
- das vom BUND mit der Überschrift "mehr Bluff als zukunftsweisender Naturschutz" bedacht worden ist,
- das bei der Bevölkerung nichts als Verwirrung und Unfrieden geschaffen hat,
- das bei keiner anderen Partei in Schleswig-Holstein Rückhalt findet.

Es bleibt ein Torso, und die Verantwortung dafür trägt der Ministerpräsident dieses Landes.

Wer einen umfassenden Schutz für die schleswig-holsteinische Wattlandschaft will, der müßte doch zumindest alle weiteren Verschlechterungen und Gefährdungen, alle weiteren Großeingriffe in den Naturraum zu verhindern suchen. Aber in Schleswig-Holstein gilt diese Selbstverständlichkeit nicht. Wo wurde auf dieser Welt jemals ein Nationalpark errichtet und im gleichen Atemzuge die Industrialisierung des zu schützenden Gebietes genehmigt und vorangetrieben? In Schleswig-Holstein ist das möglich!

Mitten in dem ökologisch sensiblen Gebiet um Trischen soll jetzt nach dem Willen der Landesregierung Erdölförderung betrieben werden! Und natürlich wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses umfangreiche Industrieprojekt nicht durchgeführt. Wir halten das für einen Skandal.

- Vergeblich suchen wir im Konzept der Landesregierung nach Ansätzen, wie die militärischen Nutzungen im Schutzgebiet eingeschränkt werden sollen. In welchem Nationalpark der Welt werden Schießübungen durchgeführt - mit der Möglichkeit gar der Erweiterung? Auch zu diesen schweren Eingriffen steht kein Wort im Gesetzentwurf der Landesregierung.



- Eine weitergehende Belastung durch neue Touristenströme während der Hochsaison kann der Naturraum Wattenmeer nicht verkraften. Diese Auffassung wird auch vom Fremdenverkehrsgewerbe weitgehend geteilt. Aber faktisch ist diese Werbung längst angelaufen: In der Regenbogenpresse präsentiert der Ministerpräsident Barschel ungerührt den Nationalpark. Und er beschwört damit die Gefahr einer Überschwemmung des Naturraumes mit weiteren Touristen herauf. Zu Lasten der Natur! Für uns ist klar: Schutz des Wattenmeeres und Ölförderung, Militärübungen und touristische Überflutung passen nicht zusammen!

Begriffe nutzen ab durch zu häufigen und undifferenzierten oder gar falschen Gebrauch. Wenn Begriffe zu Etiketten verkommen ohne inhaltliche Substanz, dann verlieren sie ihren Sinn. Wer den Begriff "Nationalpark" vereinnahmt, ohne Mindestanforderungen der nationalen und der internationalen Definitionen dieses Begriffes praktisch einzulösen, der beteiligt sich am Abbau des Naturschutzstandards. Der schadet mit dem Aushöhlen der Begriffe letztlich dem Naturschutz selbst. Die Landesregierung ist dabei, ein internationales Qualitätszeichen auszuhöhlen.

Ministerpräsident Barschel bezeichnete während der ersten Lesung das Konzept der Landesregierung als Synthese zwischen den Forderungen der Natur und den berechtigten Anliegen und Wünschen der Menschen, die dort arbeiten und leben.

Eine Synthese im Sinne einer Aufhebung sich widersprechender Teile zu einem höheren einheitlichen Ganzen stellt das Konzept der Landesregierung mit Sicherheit nicht dar. Hier handelt es sich um einen Kompromiß aus politischem Kalkül, nicht einmal um einen aus der Sache.

Nun ist aber die Natur längst nicht mehr in der Lage, immer wieder Kompromisse einzugehen. Die Leistungsfähigkeit von Natur als lebendigem System ist begrenzt. Sie ist nicht beliebig manipulierbar. Naturpotentiale zerstören wir schrittweise. Immer in dem Glauben, gerade diesen Kompromiß könne die Natur noch vertragen. Aber das scheint nur so. Haben wir einen Schwellenwert erst überschritten, so kommt der Zusammenbruch eines Natursystems plötzlich.

Diese Zusammenhänge zumindest müßten wir aus dem Waldsterben gelernt haben. Gleiche Entwicklungen, so kündigen neueste Gutachten an, werden uns auch am Beispiel der Nordsee nicht erspart bleiben. Und die Landesregierung zeigt mit ihrem Nationalpark-Gesetzentwurf keinen Weg auf, der die Naturlandschaft Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer bewahrt. Auch hier setzt sie auf falsche Kompromisse.

Kompromisse nach dem Motto "hier ein bißchen Schutz, dort ein bißchen Eingriff", sind deshalb eine höchst fragwürdige Politik. Das gilt für eine Region, deren wichtigstes Kapital die lebendige Natur ist, ganz besonders. Wer immer nur dem Kompromiß zwischen der Ökologie und der Ökonomie Wort redet, der greift zu kurz. Letztlich setzt die Ökologie den Rahmen für ökonomische Möglichkeiten.

Die Menschen an der Küste wissen, was das heißt: Greift der Naturschutz zu kurz, gehen Reiz und Funktion der intakten Natur verloren, verlieren die Menschen auch ihre Existenzbasis.

Auf diese ökologischen und ökonomischen Zusammenhänge zielt das von der SPD vorgelegte Schutz- und Nutzungskonzept für die Westküste ab. Schutz der Natur und, zum Ausgleich nötig, ökologisch verträglicher wirtschaftlicher Aufbau. Das ist unsere Alternative. Sie schützt Natur und schafft Arbeit. Diesen Weg gehen, heißt, sich im Konfliktfall für den Naturschutz und gegen andere, meist wirtschaftliche, Nutzinteressen einzusetzen. Der Nationalpark-Gesetzentwurf ist der Beleg dafür, daß die Landesregierung diesen Willen nicht aufbringt.

Wie empfindlich die Landesregierung auf Kritik an ihrem naturschutzpolitischen Paradewerk reagiert, verdeutlicht der Antwortbrief, mit dem aus dem Hause des für den Umweltschutz zuständigen Ministers auf den offenen Brief von acht schleswig-holsteinischen Umweltverbänden reagiert wurde, in dem diese noch einmal auf fehlende Mindestbedingungen für einen Nationalpark im Gesetzentwurf der Landesregierung verwiesen hatten. Verbänden, die teilweise seit Jahrzehnten praktische Naturschutzarbeit im Watt leisten, wird mitgeteilt:

"Zu den dort (nämlich im Brief) geäußerten Mindestanforderungen kann und will ich nicht Stellung nehmen." Nach einigen Fragen lautet der Schluß: "Wenn Sie sich an den sehr schwierigen öffentlichen Auseinandersetzungen aktiv beteiligt und nicht geschwiegen hätten, dann hätten Sie meines Erachtens eher das Recht gehabt, jetzt derartige Forderungen öffentlich zu stellen. Eine Antwort erwarte ich nicht. Das von Taktik und Unwissenheit geprägte Wortgeklingel kann ich inzwischen nicht mehr ertragen."

Zu diesem Brief fällt mir nur noch der Titel eines Buches des amerikanischen Senators William Fulbright ein. Er lautet: Die Arroganz der Macht.

(-/3.7.1985/va/ks)

+ + +



Die ungeheure Leistung der Integration

Hupka und Co. wollen die Integration der Vertriebenen für ihre trüben Anliegen mißbrauchen

Von Horst Stelaff MdB  
Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher e.V. (ZMO)

Nahezu 150 Milliarden DM hat allein die Bundesregierung für die Integration und Eingliederung der Vertriebenen, Um- und Aussiedler ausgegeben. Hinzu kommen weitere Beträge der Länder und Kommunen. Dies zeigt, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Innenminister, Carl-Dieter Spranger, mit Recht vermerkt, "mit welcher Selbstverständlichkeit und auf welcher breiter Basis diese solidarische Hilfestellung von Deutschen für Deutsche erfolgt ist".

Alle Deutschen haben dazu beigetragen, die Folgen der völkerverachtenden Politik des Naziregimes wie Flucht, Vertreibung, Umsiedlung und Verlust der früheren Heimat erträglicher zu machen und das Finden einer neuen Heimat zu ermöglichen.

Die Reden mancher Vertriebenenfunktionäre, die Hauptlast der Folgen des verlorenen Krieges hätten allein die zu tragen, die ihre Heimat verloren haben, sind deshalb unredlich und allein als politisches Kalkül gegen die versöhnende Ost- und Entspannungspolitik gedacht.

Wie das Bundesministerium mir mitteilte, sind allein im Rahmen des Lastenausgleichs, der Wohnungsförderung und der landwirtschaftlichen Eingliederung bis Ende 1984 über 145 Milliarden DM zur Verfügung gestellt worden. Für die ostdeutsche Kulturarbeit stellte die Bundesregierung von 1953 bis 1984 rund 77,5 Millionen DM und an Zuwendungen für zentrale Organisationen und Verbände, die der Eingliederung dienen sowie Zuwendungen für die soziale Beratung und Betreuung von Vertriebenen, Um- und Aussiedlern in der Zeit von 1970 bis 1984 rund 88,74 Millionen DM zur Verfügung.

Diese großzügige Unterstützung und die Bereitschaft der Menschen im Gebiet der Bundesrepublik haben dazu beigetragen, daß die Vertriebenen und Umsiedler voll integriert wurden und relativ schnell eine neue Heimat in der Bundesrepublik Deutschland fanden. Politische Kampfbegriffe, wie "Schlesien bleibt unser" und andere in diesem Tenor von Seiten der Vertriebenenfunktionäre sollten deshalb endlich da eingereiht werden, wo sie hingehören: In die Kiste von Selbstdarstellungen derjenigen, die sonst kein Betätigungsfeld finden.

(-/3.7.1985/va/ks)

+ + +

